Zeitung des Kreisverbandes der Partei DIE LINKE – Märkisch-Oderland

DIE LINKE. IMPULSE

Strausberg · Seelow · Bad Freienwalde *April 2008*

Dr. Uta Barkusky

Bürgermeisterkandidatin für Müncheberg



Alle hatten sich an die Absprache gehalten. Bis zum Früh-LINKS-Empfang des Kreisverbandes MOL Mitte März sickerte wirklich nichts durch. In Fredersdorf-Vogelsdorf wurde dann – nicht zufällig – das Geheimnis gelüftet. Hier hatte Dr. Uwe Klett die Glückwünsche als erster hauptamtlicher Bürgermeister der LINKEN in Märkisch-Oderland und als 13. in Brandenburg entgegengenommen. Hier wurde Dr. Uta Barkusky als linke Bürgermeisterkandidatin für Müncheberg vorgestellt.

Der dortige Ortsverband der LINKEN hatte bereits Anfang März einstimmig ihre Kandidatur bestätigt. Nun wird die 48jährige Genossin die Riege aktiver Frauen unseres Kreisverbandes mit Dr. Dagmar Enkelmann, Kerstin Kaiser, Gerlinde Stobrawa, Renate Adolph, Bettina Fortunato und Karin Klinge, um nur einige zu nennen, verstärken. Mit berechtigtem Optimismus artikulierte Kreisvorsitzender Bernd Sachse vor vielen Gästen des Früh-LINKS-Empfangs die Hoffnung auf eine Bürgermeisterin Dr. Uta Barkusky

Die Mutter zweier erwachsener Kinder hat in Moskau studiert und lebt seit 1983 in Müncheberg. Seit diesem Jahr bis 1992 war sie am Forschungszentrum für Bodenfruchtbarkeit tätig und promovierte 1990 an der Humboldt Universität Berlin. Gegenwärtig ist sie als Honorardozentin für verschiedene Unternehmen tätig und unterrichtet vor allem Betriebswirtschaft und Volkswirtschaftslehre.

Die verheiratete Diplom Ökonomin ist im kommunalen Leben fest verankert, hat viele soziale Kontakte in der Stadt, verfügt über langjährige Leitungs- und Verwaltungserfahrung und solche in der Kommunalpolitik aus ihrer Arbeit als Stadtverordnete. Sie will einen thematischen, inhaltlichen, sachbezogenen Wahlkampf führen mit dem Schwerpunkt Transparenz des bürgerlichen Engagements und bürgernahe Verwaltung.
Dr. Uta Barkusky hat die Unterstützung des gesamten Kreisverbandes.

Der Kreisvorstand wünscht Erfolg.

Im Herbst wird in Müncheberg erstmals seit 1990 ein/e neue/r Bürgermeister/in direkt gewählt. Außer Dr. Uta Barkusky kandidieren sowohl Amtsinhaber Klaus Zehm (SPD) als auch Rudolf Bornheimer (CDU).

Gemeinsam am 1. Mai in Strausberg gegen Lohndumping, Preistreiberei und Altersarmut!

9.30 Uhr *Stille Kranzniederlegung am Ehrenmal für die Opfer des Faschismus*
10.00 Uhr *Kundgebung am Landsberger Tor gemeinsam mit LINKEN, Gewerkschaft, DKP, SPD, Rotfuchs, Rote Hilfe*

Es spricht Kerstin Kaiser, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg

Außerdem wird es Informationsstände der teilnehmenden Parteien und Organisationen geben, ein kleines Kulturprogramm und das Info-Mobil des Landesverbandes DIE LINKE.

Der Kreisvorstand DIE LINKE lädt alle Bürgerinnen und Bürger, Genossinnen und Genossen nach Strausberg ein.

In dieser Ausgabe

»Junkerland in Bauernhand«
Seite 2

Landtagsreport
Seite 3

Wie weiter in Strausberg?
Seite 4

FrühLINKs
Seite 5

Die Eule aus Bad Freienwalde
Seite 6

Ver.di-Wahrheit
Seite 7

Zum Sternenstädtchen
Seite 8

Themen der nächsten Ausgabe

- Von grünen und sportlichen Konferenzen
- Ist Europa Chance für ´s Oderland?
- Grüß Gott! Da war er wieder!

Redaktionsschluss für Mai: 16.04.2008

»Junkerland in Bauernhand«

Kurzer historischer Abriss

Mit diesem Ziel wurden zwischen 1945 und 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone – Ostdeutschland – etwa 7000 Großbauern und Junker mit über 100 Hektar Land entschädigungslos enteignet. Die Sowjetische Militäradministration verteilte u.a. an 500.000 Vertriebene und arme Bauern Acker zwischen 4 und 8 Hektar – insgesamt 3,1 Mio., Lebensgrundlage für viele Familien. Auch im Westdeutschland fand eine ähnliche Aktion statt, allerdings gegen Entschädigung.

Im Vorfeld der deutschen Vereinigung wurde für Bodenreformland festgelegt, dieses Eigentum, das auch vererbt werden konnte, nicht anzutasten. Im März 1990 legte die Modrow-Regierung fest, dass dieses Erbe als vollwertiges Erbe und Eigentum gilt, also keinen Einschränkungen unterliegt. Der Einigungsvertrag übernahm diese Regelung, die nach dem Beitritt allerdings wiederholt in Frage gestellt, aber anfänglich beibehalten wurde.

1992 machte sie der Bundestag mit dem Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch jedoch rückgängig. Damals wurde im Artikel 233 zur »Abwicklung der Bodenreform« festlegt, dass nur jene Erben ihr Land behalten können, die 1990 selbst in der Landwirtschaft tätig waren. Damit enteignete die Bundesrepublik Deutschland erstmals vollwertiges Erbeigentum entschädigungslos. Die Erben mussten ihr Bodenreformland an die jeweiligen Bundesländer abgeben.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg allerdings stellte im Januar 2004 fest, dass diese Enteignung gegen das Menschenrecht auf Achtung des Eigentums verstößt. Bis zu 70.000 Betroffene in den neuen Bundesländern hoffen nun auf Rückgabe oder Entschädigung. Laut Experten werden aber nur jene Besitzer von Bodenreformland vom Urteil profitieren, die oder deren Vorfahren zum Stichtag 15. März 1990 im Grundbuch eingetragen waren.

Bodenreform und (k)ein Ende



Im Zusammenhang mit der Bodenreform-Affäre in Brandenburg dringen immer neue Zusammenhänge an die Öffentlichkeit, die zum Teil so unglaublich sind, dass rechtsstaatlich denkende Menschen wirklich zweifeln müssen.
Erben wurden angeblich nicht gefunden, obwohl sie seit Jahren sogar auf dem betroffenen Grundstück wohnen. Eigentümer sollen auf ihr Grundstück verzichtet haben, obwohl sie bereits seit Jahren verstorben waren. Das, was das Land Brandenburg hier praktiziert hat, ist ein ungeheuerlicher und in der Bundesrepublik einmaliger Rechtsbruch.

Umso unverständlicher ist damit aber die Entscheidung der Potsdamer Staatsanwaltschaft, keine weiteren Ermittlungen durchzuführen. Nach dem Urteil des Bundesgerichtshofes und nach den Enthüllungen der letzten Wochen kann an dem Vorwurf der Untreue nicht ernsthaft gezweifelt werden. Denn die Aneignung der Grundstücke durch das Land erfolgte in dem eindeutigen Bewusstsein, dass hierdurch die Interessen der Erben verletzt werden. Diese verloren ihr Eigentum, obwohl sie aufgrund der Verjährungsvorschrift einen Anspruch darauf hatten.

Den betroffenen Erben kann nur, sofern sie Anzeige erstattet und nunmehr einen Einstellungsbescheid erhalten haben, nachdrücklich empfohlen werden, den Rechtsweg zu beschreiten. Nach einer Beschwerde zum Generalstaatsanwalt kommt hier auch das sogenannte Klageerzwingungsverfahren vor dem Oberlandesgericht in Frage.
Und auch auf der politischen Ebene muss es ein Nachspiel geben. Die Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag hat deshalb die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erreicht.
Das Land hat sich, so der Bundesgerichtshof, »in sittenwidriger, eines Rechtsstaates unwürdiger Art und Weise« Land angeeignet. Genau diese Art und Weise, die das höchste deutsche Gericht zu einer solchen Schärfe bei der Wortwahl in der Urteilsbegründung veranlasst hat, soll und muss durch das Parlament überprüft werden.
Auch die Fraktion im Bundestag hakt nach. Die Bundesregierung soll erklären, inwieweit sie Kenntnis von dieser gesetzwidrigen Grundstücksenteignung und zur Vermeidung der Verjährung von Ansprüchen hatte und inwieweit dies auf das 2. Vermögensrechtsänderungsgesetz zurückzuführen ist. Denn schließlich basiert das Urteil auf diesem Bundesgesetz.

Wer ist betroffen:

Hier muss man eine klare Unterscheidung machen, die zutiefst ungerecht ist: Mit dem zweiten Vermögensrechtsänderungsgesetz von 1992 wurde nur noch jenen Erben Bodenreformland zugesprochen, die entweder Landwirtschaft betreiben oder auf dem Grund und Boden leben. Wen das so nicht betraf, der war kein so genannter »Berechtigter« – und das Grundstück fiel ohnehin an das Land. Dagegen haben viele prozessiert – und verloren. Wer gegen das Land gewonnen hat, zum Beispiel beim Betreiben von Landwirtschaft im Nebenerwerb, hat sein Land erhalten. Also: Für alle jene Menschen, für die es in der Vergangenheit eine rechtsgültige Entscheidung gab, trifft das jetzige Urteil des BGH nicht zu.

Ein anderer Sachverhalt steht hier zur Debatte: Für die Umsetzung des Vermögensrechtsänderungsgesetzes galt eine Frist bis zum 2. Oktober 2000. Bis dahin musste das Land klären, wer »Berechtigter« ist und die Grundbuchämter mussten die entsprechenden Eintragungen vornehmen. Offenbar hat das Land hier lange nicht gehandelt. Als sich das Ende der Frist näherte, nahm das Land die Grundstücke in Verwahrung, ließ formal nach Erben suchen und sich nach »erfolgloser« Suche ins Grundbuch eintragen. Und auch nur diese Erben betrifft es: Die bis zum 2. Oktober 2000 nicht »ausfindig« gemacht wurden.
Außerdem gilt: Die Betroffenen müssen sich melden, tun sie das nicht, könnten sie ihren nunmehr neuen Anspruch verlieren. Betroffenen sollten sich deshalb an die Hotline des Landes (Tel.: 0331-58181-381/382/383) oder schriftlich an das Finanzministerium wenden.

AUS DEM LANDTAG

Kampf gegen Rechts zur Chefsache machen



Neofaschismus und Gewalt von rechts sind seit Jahren ein Dauerproblem in Deutschland. Mehr als 17.000 Straftaten von Angehörigen der extremen Rechten wurden im Jahr 2006 erfasst – die Dunkelziffer liegt noch viel höher.
Seit 1990 sind mehr als 130 Menschen von Nazis getötet oder ermordet worden.
Dennoch die schon regelmäßige Meldung: Wie jedes Jahr ist Brandenburg angeblich auf einem guten Weg, weniger Nazis, weniger Straftaten. Selbst die Zahlen sagen aber etwas anderes. 2005 waren es 97 Straftaten, 2006 waren es 90 und nun 2007 sind es 93.
Die Zunahme von Gewalttaten besonders unter Jugendlichen und der besorgniserregende Anstieg rechtsextremistisch motivierter Gewaltstraftaten zeigen deutlich, dass der hohen Verfolgungsdruck aufrechterhalten werden muss. Ob das aber beim gegenwärtigen Personalabbau der Polizei noch möglich ist, ist fraglich.
DIE LINKE warnt eindringlich vor der Einschätzung, dass der Rückgang gewaltbereiter Rechtsextremisten auch einen Rückgang des politischen Extremismus darstellt. Die Taktik der NPD ist nur eine andere, angepasstere geworden – nett und ordentlich Kommunen und Gesellschaft unterwandern. Das schließt Gewalttaten erst einmal aus.
Der Rechtsextremismus und die politisch motivierte Kriminalität bleiben ein gesamtgesellschaftliches Problem auch in Brandenburg. Alle Ressorts der Landesregierung müssen sich dieser Problematik noch mehr stellen als bisher. Ministerpräsident Platzeck sollte deshalb die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zur Chefsache machen. Bundes- und Landesprogramme müssen zudem noch mehr zivilgesellschaftliches Engagement unterstützen und mehr denn je auf Prävention ausgerichtet sein.

Nach Andreas Bernig, Landtagsabgeordneter der LINKEN in Brandenburg

Chance zur Förderung einheimischer Firmen erneut verpasst!

Die Fraktion DIE LINKE hat zum wiederholten Male einen Gesetzentwurf zur Vergabe öffentlicher Aufträge in den Landtag Brandenburg eingebracht. Und erwartungsgemäß haben SPD und CDU erneut abgelehnt.
Allein 2006 wurden durch das Land und seine Kommunen Aufträge für Bau- und Dienstleistungen in einem Umfang von 1,5 Mrd. Euro vergeben.
Mit einem Tariftreue- und Vergabegesetz will die Fraktion DIE LINKE ein Mindestentgelt für die Vergabe dieser öffentlichen Aufträge einführen.
Bereits seit 1999 bestehen in Berlin landesrechtliche Regelungen. Am 13. März wurde im Berliner Abgeordnetenhaus das Vergabegesetz verabschiedet. Mit diesem Gesetz werden zukünftig in Berlin bei allen öffentlichen Aufträgen die Auftragnehmer verpflichtet, die jeweils geltenden Tarifentgelte, mindestens aber 7,50 Euro, zu zahlen. Auch vor dem Hintergrund eines gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraumes Berlin-Brandenburg ist es aus Sicht der LINKEN unbedingt notwendig, gleiche gesetzliche Regelungen auch in Brandenburg zu schaffen. Der Mindestlohn soll dabei nicht bestehende Tariflöhne ersetzen. Vielmehr soll er Instrument sein, damit öffentliche Aufträge zu Stundensätze vergeben werden, die es ermöglichen, von einer Vollbeschäftigung auskömmlich leben zu können. In vielen Branchen ist leider das Gegenteil der Fall. Mittlerweile nehmen in Brandenburg über 29.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zusätzlich Leistungen der Grundsicherung in Anspruch.

Nach Kerstin Kaiser

Zwischenspurt für die Volksinitiative »Keine neuen Tagebaue«

Die gesammelten Unterschriften der Volksinitiative »Keine neuen Tagebaue – Für eine zukunftsfähige Energiepolitik« sollen am 5. Mai dem Landtagspräsidenten übergeben werden. Zurzeit liegen »nur« etwa 22.500 Unterschriften vor, deshalb sollen noch weitere Unterschriften gesammelt werden, um ein notwendiges Sicherheitspolster zu bekommen.
Vor allem in den größeren Städten Brandenburgs soll für die Aktion geworben werden, aber natürlich auch in allen anderen Gemeinden.
Die Unterschriftenlisten und auch die dazugehörigen Flyer können unter www.keine-neuen-tagebaue.de ausgedruckt und dann kopiert werden. Und natürlich helfen auch die Geschäftsstellen und Büros der LINKEN weiter.

Gegen das Sozialticket – Warum?

Der Landesvorstand der AWO hat die Volksinitiative »Für ein Sozialticket in Brandenburg« laut Presse kritisiert. Bisher hatte man sich nicht gegen das Sozialticket ausgesprochen. Warum jetzt? Und wessen Interessen vertritt eigentlich die AWO, wenn es darum geht, mehr Mobilität für Bedürftige zu sichern?

Die Behauptung, die Volksinitiative will ein Monatsticket für 38 Euro ist falsch. Der Vorschlag fordert maximal den halben Preis der Monatskarte für einen Landkreis bzw. eine kreisfreie Stadt. Die dafür vom VBB ermittelten 5 Mio. Euro wären aus dem Haushaltsplan des Infrastrukturministeriums zu finanzieren. Genau diese Finanzierung legt ja nun auch Minister Dellmann für seine vorgeschlagene Variante unter finanzieller Beteiligung der Landkreise und Verkehrsunternehmen zu Grunde.
Die SPD will per 1. September das Sozialticket in Brandenburg einführen – ganz offensichtlich, um damit auf Stimmenfang zu den Kommunalwahlen zu gehen. Das ist unseriös.
DIE LINKE fordert Minister Dellmann auf, das Sozialticket unverzüglich einzuführen.

Nach Anita Tack,
verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN in Brandenburg

Wie weiter mit Strausbergs Altstadt?

Viele Einwohnerinnen und Einwohner sind mit gegenwärtigem Zustand und Entwicklung der Altstadt nicht zufrieden. Es gibt sehr unterschiedliche Vorstellungen. Die Fraktion DIE LINKE wollte der Sache auf den Grund gehen und hat eine Befragung zum Thema ***»Was müsste zur weiteren Entwicklung der Strausberger Altstadt verändert werden?«*** *gestartet. An über 1000 Haushalte und über die IMPULSE (Stadt Strausberg – 1000 Stück) wurde der Fragebogen verteilt. Die Antworten auf fünf prinzipielle Fragen sollen die linken Stadtverordneten befähigen, Schlussfolgerungen für die weitere kommunale Arbeit zu ziehen. Über 100 Einsendungen kamen zurück. Vielen Antwortern reichten die Fragen nicht aus, sie teilten gleich noch ihre Wünsche für die weitere Entwicklung der Stadt mit. Bürgerinnen und Bürger dankten uns, dass überhaupt mal jemand nach ihren Bedürfnissen und ihrer Sicht auf die Probleme fragte. Eine erste Auswertung findet am 2.4.08 im LinksTreff statt. IMPULSE wird berichten.*



Helga Burgahn, DIE LINKE-Fraktion Strausberg

Kommunal-Kombi

Chance für Strausberger Arbeitsplätze?



Um Antwort auf diese Frage zu bekommen, hatte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Meinhard Tietz zur öffentlichen Fraktionssitzung geladen. Erschienen waren neben interessierten Bürgerinnen und Bürgern Vertreter städtischer Betriebe und der Verwaltung, von Vereinen und Verbänden – ob der Jugendsozialverband, der Sozialpark MOL, das Frauen- und Familienzentrum, die Kreismusikschule, der KSC, die Wohnungsbaugesellschaft mbH.

Das Kommunal-Kombi ist ein Bundesprogramm unter Beteiligung des Landes und der Stadt zur Schaffung zusätzlicher sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze des öffentlichen Interesses für Menschen, die seit mindestens 24 Monaten arbeitslos sind und seit mindestens 12 Monaten Arbeitslosengeld II beziehen.

Für 30 Wochenstunden im Kommunal-Kombi gibt es 1.300 € Brutto, für die Bund und Land mit bis zu 500 € bzw. 200 € aufkommen, der Kreis einige Kosten trägt und die Stadt noch einmal 400 € zuschießt.

Letzteres ist eigentlicher Anlass, dass sich die Stadtverordnetenversammlung mit dem Thema beschäftigte und die Fraktion DIE LINKE sich in Wahrnehmung ihrer Verantwortung intensiv darauf vorbereitete.

Versammlungsleiter Hans-Jürgen Mader erläuterte das komplizierte Antragsverfahren. Es ist mit einer Reihe von Rechtsvorschriften des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 14.12.2007 für Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit unterlegt. Weil diese nicht jedem potentiellen Arbeitgeber geläufig sind, scheint es sinnvoll, diese Aufgabe der erfahrenen Beschäftigungsgesellschaft Steremat zu übertragen, wobei die Vergabe der Stellen ausschließlich in der Kompetenz der Stadtverordnetenversammlung liegen muss, laut LINKE in Zuständigkeit des Hauptausschusses. Die beteiligten Verbände, Vereine und Betriebe sahen trotz schwieriger Zugangsbedingungen gute Möglichkeiten, durch zusätzliche Arbeiten die Wirkung ihrer Einrichtung zu erhöhen. Das wird zur besseren Einbeziehung sozial schwacher und ausländischer Mitbürger in das gesellschaftliche Leben der Stadt führen, zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung und zum besseren Schutz der Umwelt, allesamt Kriterien, deren Erfüllung sich die Stadt u.a. mit der Erholungsortentwicklungskonzeption und mit dem Integrierten wirtschaftsorientierten Stadtentwicklungskonzept vorgenommen hat.

Die Fraktion empfahl deshalb den mitwirkenden Vertretern der Stadtverwaltung, Frau Fröhlich und Herrn Wunderlich, an der Vorbereitung der Umsetzung des Kommunal- Kombi in Strausberg weiter zu arbeiten.

Die Fraktion wird dazu zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses eine entsprechende Vorlage einbringen, damit spätestens im April 2008 die ersten Stellen geschaffen und die dafür ausgewählten Menschen gute Arbeit für die Stadt leisten können.

Hans-Jürgen Mader,
DIE LINKE in der SVV Strausberg

['solid] in Neuenhagen und Umgebung

Linksjugend gegründet

Der einzige regionale Jugendverband will gezielt Interessen junger Menschen auf kommunalpolitischer Ebene demokratisch Gewicht verleihen. Die Doppelspitze Daniela Stoll (19) und Sven Kindervater (20) will das zügig vorantreiben. Wenn außerparlamentarisches Engagement nicht ausreicht und ein Jugendbeirat in immer weitere Ferne rückt, ist die frisch gewählte Führung auch bereit, den direkten Weg in die Parlamente zu suchen.

Um eine verbindliche und kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten, haben sich die Beteiligten geeinigt, aller drei Wochen – das nächste Mal am 11. April in der Gaststätte des Bürgerhauses Neuenhagen – den Fortgang ihrer Bemühungen zu analysieren. Da sich der Verband auf die S5-Region von Birkenstein bis Strausberg Nord bezieht, wurde ein Rotationsprinzip vereinbart, das alle Gemeinden des Einzugsgebiets berücksichtigt.

Die verbandsnahe Partei DIE LINKE begrüßt die Neugründung nachdrücklich. Wolfram Wetzig, Geschäftsführer des Kreisverbandes MOL, ist vom Erfolg der Neugründung überzeugt und sicherte kontinuierliche Unterstützung zu.

Als erste Projekte sind eine gemeinsame Aktion mit dem sich auf Brandenburgtour befindenden Landesarbeitskreis »antifa« und ein Konzert im September angedacht.

Interessierte sind willkommen. »Schnuppern kostet nichts!«, versicherte das Spitzenduo. Weitere Informationen unter www.linksjugend-solid-brandenburg.de und www.dielinke-neuenhagen.de

Links sucht die Antworten

2. FrühLINKS-Empfang der LINKEN



Neben Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Sozialverbänden wie DRK und der Volkssolidarität, aus Organisationen und Initiativen kamen auch die direkt gewählten Landtagsabgeordneten Kerstin Kaiser, Renate Adolph, Gerlinde Stobrawa und Wolfgang Heinze und die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann.

Kreisvorsitzender Bernd Sachse begründete die bewusste Auswahl des Veranstaltungsortes, »ist doch der ganze Kreisverband stolz über den hier errungenen Wahlsieg des Bürgermeisteramtes durch Dr. Uwe Klett.« Uwe Klett, seit 1. Februar im Amt, zeigte sich als kompetenter, souveräner Gastgeber. Er wünschte auch der Kandidatin für die Bürgermeisterwahl in Müncheberg, Frau Dr. Uta Barkusky, viel Erfolg im Kampf um das Rathaus und für eine neue Politik im Ort. Auch Thomas Nord, Landesvorsitzender der LINKEN, ebenso Landrat Gernot Schmidt (SPD) und die Unterbezirksvorsitzende der Sozialdemokraten, Simona Koss (in MOL gibt es eine Kooperation mit SPD und Bauernverband), kamen ins Hotel »Flora« nach Fredersdorf-Vogelsdorf.

Bernd Sachse stellte fest, dass »aus Protest und Verärgerung längst eine verfestigte Stimmungslage geworden ist. Der Zeitgeist in der Bundesrepublik beginnt sich zu verändern. Die Menschen wollen und können nicht mehr ertragen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird. In der ganzen Bundesrepublik bietet sich plötzlich eine Alternative zur Wahl, zur scheinbar absoluten Wahrheit. Das festgefügte Schema der bundesdeutschen Parlamente ist aus den Gleisen. LINKS ist in Fraktionsstärke in 10 Landesparlamenten, in 12 mit Abgeordneten, 183 Landtagsabgeordnete machen die LINKE zur drittstärksten Kraft auf Landesebene und geben ihr eine Stimme im Bundesrat, insgesamt 236 Parlamentarier machen LINKS zur drittstärksten parlamentarische Kraft der Bundesrepublik. LINKS hat nicht Antworten auf alles in der Welt, aber LINKS sucht die Antworten und schon das ist für viele Menschen neu, attraktiv und spannend.«

Zur Bilanz des Kreisverbandes zähle u.a. die engagierte Debatte um den Mindestlohn. Auch das Arbeitsförderinstrument »Kommunalkombi«, nach wie vor nicht optimal finanziert und bürokratisch in seiner Durchführung, wird dennoch als Schritt zur öffentlich geförderten Beschäftigung unterstützt. Es löst nicht die strukturellen Probleme des ersten Arbeitsmarktes, gibt jedoch Menschen die Würde, gebraucht zu werden. In MOL kämpften die LINKEN sehr engagiert für das Sozialticket. Die Absichtserklärung der SPD, ein solches Ticket einzuführen, wird begrüßt. Letztlich sei das Einlenken der Sozialdemokraten ein Beweis dafür, dass der Druck von links Wirkung entfalte. Das eingereichte Volksbegehren werden die LINKEN sehr aktiv unterstützen, bis es diese Tickets auch zu kaufen gibt.

Die Zusammenarbeit zwischen LINKEN, SPD und Bauerverband habe sich bewährt und sei eine belast- und berechenbare Größe geworden. Dass das Krankenhauses in kommunaler Hand und die Kultur GmbH als Pfeiler kultureller und touristischer Entwicklung erhalten bleiben, seien Belege erfolgreicher Zusammenarbeit.

Sachse und die Vorsitzende der Landtagsfraktion, Kerstin Kaiser, formulierten schließlich den Anspruch der LINKEN, bei der Kommunalwahl am 28. September 2008 als stärkste politische Kraft in MOL hervorzugehen. »Der Kreisvorstand freut sich besonders, dass bereits jetzt über 130 Bürgerinnen und Bürger, überwiegend Parteimitglieder, ihre Bereitschaft signalisiert haben, auf den Listen der LINKEN zu kandidieren.«

Der Kreisvorstand dankt allen Genossinnen und Genossen, die den FrühLINKS-Empfang vorbereitet haben und den Mandatsträgern auf Kreis-, Landes- und Bundesebene, die mit ihrer Spende zur Finanzierung dieser Veranstaltung beigetragen haben!





Der Kreisvorstand informiert

Auf der Sitzung am 10. März wurde folgender Beschluss zu den Kommunalwahlen gefasst: Der Kreisverband DIE LINKE MOL hält für die Wahlen in den Jahren 2008–2010 am Prinzip der offenen Listen fest. Das gibt engagierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, bei Anerkennung des Wahlprogramms unseres Kreisverbandes auf Listen unserer Partei im Kreisgebiet zu kandidieren.

Für Mitglieder anderer Parteien ist eine Kandidatur nicht möglich, weil diese einem anderen Programm verpflichtet sind und sich bewusst nicht für DIE LINKE entschieden haben. Der Beschluss schließt eine punktuelle Zusammenarbeit für gleiche Ziele nicht grundsätzlich aus.

Die Mitgliedervollversammlung zum Aufstellen der Kandidatenlisten für den Kreistag wurde für den 14. Juni 2008 im Anschluss an die 2. Tagung des 1. Kreisparteitages in Neuenhagen einberufen.

Folgende neue Mitglieder wurden in Absprache mit den BO-Vorsitzenden bestätigt:

- *Genn. Helga und Gen. Armin Jungheinrich (Neuenhagen)*
- *Gen. Gerd Voggenauer (Strausberg)*
- *Gen. Günther Schmidt (Petershagen-Eggersdorf)*

Wolfram Wetzig,
Kreisgeschäftsführer

Haus der Naturpflege

Dr.-Max-Kienitz-Weg 2
16259 Bad Freienwalde
Tel./Fax: (03344) 35 82



Öffnungszeiten des Schau- und Lehrgartens

April bis September:
Täglich außer Montag
10.00 bis 18.00 Uhr

Kinder (bis 16 Jahre): 0,50 €
Erwachsene: 2,- €
ermäßigt 1,50 €

Führungen pro Stunde
Erwachsene: 3,- €
ermäßigt 2,50 €
Kinder: 1,- €
Kinder über 10 Jahre: 1,50 €

Preise für Heuhotel, Zimmer und andere Details entnehmen Sie bitte dem Internet www.haus-der-naturpflege.de

5.4., 16.00 Uhr,
»Kartoffelanbau im Kleingarten – Raritäten und Besonderheiten« mit Rudi Vogel

18.4.,
»Naturschutzveteranentreffen« des Abeitskreises Weißstorch

19.4., 16.00 Uhr,
»Prinzesschen« – Störche: Einblicke mit Dr. Christoph Kaatz vom Storchenhof Loburg und Ausstellungseröffnung »Abeitskreis Weißstorch«

25.4., 10.00 Uhr,
»Tag des Baumes« – Veranstaltung zum Baum des Jahres 2008: »Die Walnuss« und Puppentheater zum Thema Baum

26.4., 15.00 Uhr,
gemeinsames »Storchenfest« mit dem NABU Oberbarnim am Storchenturm in Rathsdorf – Storchenspiel, Puppentheater, Kaffee und Kuchen

Kretschmanns Erbe lebt

Hommage den Nestoren des Deutschen Naturschutzes



Der Förderverein des Hauses der Naturpflege und Dagmar Enkelmann als Schirmherrin hatten Freunde und Förderer von Kurt und Erna Kretschmann zum ersten Kolloquium, das sich mit dem künftigen Umgang mit ihrem Erbe beschäftigte, versammelt. »Sie waren nicht nur Mitbegründer des Naturschutzes in Deutschland, sondern auch Kriegsgegner, lebten ohne Auto, ernährten sich vegetarisch und verfolgten dennoch zielstrebig ihre ldeale. Trotz ihrer selbstbestimmten, teilweise anarchischen Lebensweise verband sie eine große Heimatliebe mit ihrer Region«, erklärte Sybille Knospe, Vorsitzende des Fördervereins. Viele Aspekte des Lebens und Wirkens der Kretschmanns seien wert, für die Nachwelt bewahrt und im Sinne eines reichen geistigen Lebens debattiert zu werden.

Kurt Kretschmann, dessen bekanntestes Werk wohl das Naturschutzsymbol Eule ist, hatte vor seinem Tod am 20. Januar 2007 verfügt, Brandenburg solle seine fachliche Hinterlassenschaft und die seiner zuvor verstorbenen Frau erben – unter der Bedingung, die Materialien verblieben in Bad Freienwalde. Dagmar Enkelmann appellierte an die Landesregierung, dieser besonderen Verantwortung gerecht zu werden. »Es wäre bittere lronie, wenn gerade ein sich selbst ökologisch als vorbildlich sehendes Land nicht das Nötige tut, um das einzigartige Erbe der Kretschmanns zu erhalten«, betonte sie.

Auf dem Kolloquium sagte die Landesregierung zumindest eine vorläufige Vereinbarung mit dem Förderverein zu, um für ein, zwei Jahre die Nutzung des Kretschmannschen Erbes zu sichern. Des weiteren soll es Zuschüsse zu konkreten Projekten geben. Das reicht aber nicht, so Enkelmann. »Ein größerer Beitrag des Landes ist unabdingbar, um auch den Bund und weitere Partner mit ins Boot holen zu können«. Die Hauptarbeit zur Erhaltung des Erbes leistet gegenwärtig der Förderverein mit rund 150 Mitgliedern.

In Bad Freienwalde sind 8-10 so genannte Regalmeter Archivmaterial vorhanden – u.a. Briefe, Aufzeichnungen, Manuskripte und Fotos. Dieser Nachlass wird gerade gesichtet und geordnet. Weitere wertvolle Zeugnisse befinden sich in Museen und Archiven Berlins und Neubrandenburgs sowie in Privatbesitz. Dagmar Enkelmann ruft alle auf, Kopien davon dem Haus der Naturpflege zu überlassen.

Zum Erbe gehören auch das Haus der Naturpflege, das Blockhaus, in dem Kretschmanns lebten, der Storchenturm sowie Gartenanlagen. Das meiste davon befindet sich im Besitz der Stadt.

J.St.

Auf Wiedersehen in Bad Freienwalde

Aus dem Schlusswort von Sybille Knospe

Einige Bemerkungen zu den Thesen der jüngst stattgefundenen Potsdamer Veranstaltung »100 Jahre staatlicher Naturschutz«.
Prof. Matthias Freude sieht im staatlichem und ehrenamtlichem Naturschutz oft Konkurrenz. Das muss nicht sein. Dass das Bundesamt für Naturschutz die Archivierung des Kretschmannschen Nachlasses finanziert, zeigt die hohe Wertschätzung des Staates für das ehrenamtliche Engagement der Kretschmanns. Aber ohne Zuschuss der Eigenmittel vom NABU wäre das Projekt nicht möglich gewesen. Und für die Neueröffnung des Blockhauses am 20.9. werden wir Lottomittel erhalten.
Naturschutz braucht Lobby. Das wussten auch schon Erna und Kurt und schufen sich eine immer größere, von der wir heute profitieren.
Sie wussten auch, dass man Menschen hauptsächlich über Medien erreicht und waren unermüdlich im Schreiben von Artikeln. Mit Hilfe der örtlichen Presse werden wir in diesem Jahr ein altes Projekt der beiden, den Wettbewerb um den schönsten Garten, wiederbeleben.
Die Stadtverordnetenversammlung beschloss, das noch nicht im Besitz der Stadt befindliche Restgrundstück des Hauses der Naturpflege zu erwerben. Damit wird unser Garten um etwa 600 m² erweitert und soll ein Naturerlebnispark für Kinder werden.
Wir verstehen das Kretschmannsche Erbe immer als Einheit von Naturschutz, Engagement für vegetarische Ernährung und aktivem Kampf um die Erhaltung des Friedens. Wir werden die Zusammenarbeit mit dem Antikriegsmuseum in Berlin verstärken und auch mit dem Greifswalder. Sein Leiter Prof. Tanneberger hat auch diesen Wunsch geäußert und angekündigt, alljährlich am 2. März zum Geburtstag von Kurt einen Kretschmann-Tag begehen zu wollen.
Als letztes möchte ich noch bemerken, dass wir mit dem Internet ein Medium haben, dass wir für die Verbreitung der Kretschmannschen Ideen immer besser nutzen. Oft habe ich von Besuchern gehört, dass sie durchs Internet auf unser Haus neugierig geworden sind. Wir sind bemüht, unsere Homepage ständig aktuell zu gestalten und durch Verlinkung mit anderen Institutionen und Vereinen ein Netzwerk zu schaffen, auch mit ihnen. Ich wüsche uns gemeinsam Erfolg bei der Realisierung der heute angesprochenen Aufgaben.

Sybille Knospe
ist Vorsitzende des Fördervereins

Was länger währt…wird manchmal besser

Mandatsträgertreffen in Strausberg

Trotz zweimaliger Terminverschiebung war die Mandatsträgerkonferenz inhaltsreich und hatte große Resonanz. Das Bedürfnis, sich über alle Ebenen der Abgeordneten von der Gemeinde bis zum Bund zu verständigen, war groß. Das zeigten auch die zwölf Redebeiträge. Anstöße gaben der Kreisvorsitzende Bernd Sachse und der Vorsitzende der Kreistagsfraktion Dieter Schäfer.

Beim Kreisvorsitzenden standen Ausblick und Umsetzung der Beschlüsse des MOL-Parteitages im Vordergrund. Der Stand der Vorbereitung der Kommunalwahlen ist gut. Besonders die Arbeit für die Listen des Kreistages, der Stadt- und Gemeindevertretungen für Seelow, Strausberg, Müncheberg und Fredersdorf- Vogelsdorf ist hervorzuheben. Insgesamt hatten zur Konferenz bereits 130 Bürgerinnen und Bürger verbindlich ihrer Kandidatur auf linken Listen zugestimmt. Die Vorbereitungsarbeiten für das Wahlprogramm laufen. Besonders dem Engagement von Dieter Schäfer und Wolfgang Heinze ist die planmäßige Vorlage eines Diskussionsentwurfes zu danken. Bisherige Zuarbeiten lassen auf reges Interesse an den Kommunalwahlen schließen.
In der Bilanz des Fraktionsvorsitzenden des Kreistages wurde neben Positivem die Kluft zwischen sozialen Ansprüchen und tatsächlichen Möglichkeiten der Kommunen benannt. Bürgermeister Klett verwies darauf, dass in der Kommune genau darüber entschieden wird, woran die Menschen die höchsten Erwartungen haben, an das Soziale.
Kritisch wurden die bisherigen Entscheidungen für das Kommunalkombi im Kreis hinterfragt, ganz speziell die Höhe der Zuwendungen. Susanne Danowski hob noch einmal hervor, dass mit dem Kommunalkombi keine regulären Arbeitsplätze vernichtet werden dürfen, nur dann ist es eine Bereicherung des Arbeitsmarktes. Mobilität ist im Landkreis eine Frage erster Ordnung, sie bestimmt zunehmend das Arbeitsleben, das soziale Verhalten und das bürgerliche Engagement.
In ökologischen Fragen ist unser Ansatz nicht die Insellösung einzelner Probleme sondern der Zusammenhang von ökologischer und sozialer Problematik. Dieses einzigartige Unterscheidungsmerkmal unserer Partei zu allen anderen noch deutlicher zu bestimmen, wird Gegenstand der ökologischen Konferenz am 31.05. sein.
Wichtige Punkte wie Wertschöpfungskette und damit verbundene Arbeitsplätze wurden von Lothar Dölling dargestellt.
Kerstin Kaiser verwies auf die kommunalpolitischen Inhalte des Leitbildes für Brandenburg und auf die Wachstumskerne, die SPD-Flügelkämpfe und das sogenannte »Sozialpaket« der SPD. Es zähle allerdings nur, was realisiert ist.
Alle waren sich einig, ein solcher Erfahrungsaustausch hat einen besonderen Reiz und sollte mindestens einmal im Jahr stattfinden.



Wahrheiten sehen anders aus

Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst nach fünfter Runde gescheitert

Die Medien stellen das folgendermaßen dar: Die Arbeitgeber bieten 5 Prozent mehr Lohn bei Arbeitszeitverlängerung. Die Gewerkschaft Ver.di fordert 8 Prozent. Diese Darstellung der »Guten«, die bieten und der »Bösen«, die fordern, ist nicht nur einseitig, sondern auch falsch.

1. Die angeblichen 5% sind nur 4%. Das fünfte Prozent soll für die sogenannte leistungsorientierte Bezahlung eingefroren werden, die nur wenigen Beschäftigten zu Gute kommt und deren Kriterien umstritten sind.
2. Die 4% werden gestaffelt: ab 1.2.2008 2,5%, ab 1.11.2008 1% und ab 1.3.2009 0,5% – bei 24 Monaten Laufzeit. Diese zugrunde gelegt, bedeutet diese Erhöhung für 2008 2,5%, für 2009 0,4%, für die 2 Jahre gesamt nur noch rund 2,15%.
3. Weiterhin fordern die Arbeitgeber eine Nullrunde für die Beschäftigten der Krankenhäuser.
4. Bundesinnenminister Schäuble will die Erhöhung in den neuen Bundesländern (Tarifgebiet Ost) später zahlen: 2008 ab 1.6. 2,5%, also 4 Monate später, und 2009 ab 1.3. 1,0%, das wären 2008 1,46% und 2009 1,25%. Im 19. Jahr der deutschen Einheit fordert ein Mitglied der Bundesregierung die Ungleichbehandlung und Abkopplung des Ostens.
5. Das alles gibt es außerdem nur, wenn die Beschäftigten im Westen auch 40 Stunden pro Woche arbeiten (bisher 38,5 Stunden). Hier plädiert Herr Schäuble wieder für Gleichbehandlung. Das kann doch wohl keine Gewerkschaft mitmachen!
   Ich frage nun, wer sind hier wirklich die »Guten« und wer die »Bösen«?

Dirk Ruhmke,
Ver.di-Mitglied und BO-Vorsitzender Wriezen

Großes Interesse an Mitgliedschaft

Von 14 bis 83 alles vertreten



Dass sich das Interesse für DIE LINKE nach den Wahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg in einer Flut von Eintritten auch in Brandenburg widerspiegeln wird, war nicht vorauszusehen. Bisher haben in diesem Jahr 60 Brandenburgerinnen und Brandenburger die Eintrittserklärung ausgefüllt. Gegenüber den Jahren 2005 oder 2007 ist das eine Verdreifachung und zum Jahr 2006 – eines der bisher »besten« Jahre – eine Verdopplung. Bemerkenswert ist auch die Alterstruktur. So trat Ursula Künstler mit 83 Jahren in die Partei ein. Als Mitglied der Volkssolidarität in Brandenburg/Havel hat sie die Herzlichkeit der LINKEN erlebt und sich bei einem Kinder- und Familienfest zur Mitgliedschaft entschieden. Auch die beiden Hartz IV-Empfänger Diana und Gerhard aus Cottbus (22 und 41 Jahre) haben sich für DIE LINKE entschieden. Die menschenverachtende Politik der anderen Parteien war für sie der Grund. Benno Schwiegon (21 Jahre) aus dem Barnim nahm die Musterung zum Anlass, über die Frage Krieg und Frieden und die Rolle der LINKEN zu dieser Frage nachzudenken. Das jüngste Mitglied mit 14 Jahren – Franziska – kommt aus Potsdam-Mittelmark und hat sich im Februar auch schon auf dem Landesparteitag umgeschaut.
In den Kreisverbänden wird weiterhin aktiv an der Gewinnung neuer Mitglieder – auch mit Blick auf die Kommunalwahlen am 28. September – gearbeitet. 2008 könnte somit auch auf dem Gebiet der Mitgliederzahlen das Jahr der LINKEN werden.

Reinhard Frank

LINKE-Bürgerbüros der Abgeordneten

■ Dagmar Enkelmann – MdB
15344 Strausberg, Wallstraße 8
Mitarbeiter: Bernd Sachse
Tel.: 0 33 41 / 30 39 84
Fax: 0 33 41 / 30 39 85
Mo. – Do. 9.00 – 16.00 Uhr
Freitag nach Vereinbarung
dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de
www.dagmar-enkelmann.de

■ Kerstin Kaiser – MdL
15344 Strausberg, Wallstraße 8
Mitarbeiterin: Helga Burgahn
Tel.: 0 33 41 / 49 77 11
Fax: 0 33 41 / 30 39 85
Mo. – Do. 8.00 – 16.00 Uhr
info@kerstin-kaiser.eu
www.kerstin-kaiser.eu

■ Wolfgang Heinze – MdL
15306 Seelow, Fichtenweg 4
Mitarbeiter: Uwe Hädicke
Tel.: 0 33 46 / 88 41 21
Fax: 0 33 46 / 88 41 59
Mo. 8.00 – 10.00 Uhr
oder nach Vereinbarung
heinze-seelow@web.de

■ Gerlinde Stobrawa – MdL
16259 Bad Freienw., Grünstr. 8
Mitarbeiter: Joachim Fiedler
Tel.: 0 33 44 / 30 13 55
Mo. – Mi. 9.00 – 13.00 Uhr
Do. 9.00 – 17.00 Uhr
Fr. 9.00 – 12.00 Uhr

■ Renate Adolph – MdL
15366 Hoppegarten, OT Hönow
Mahlsdorfer Str. 61 / HEP
Mitarbeiterin: Helga Hummel
Tel.: 030 / 99 27 47 49
Fax: 030 / 99 27 47 43
Mo., Mi., Do. 14.00 – 18.00 Uhr
renate@adolph.de
www.adolph.de

LINKE-Geschäftsstellen

■ STRAUSBERG
Große Straße 76
15344 Strausberg
Tel.: 0 33 41 / 31 17 96
Fax: 0 33 41 / 31 47 75
info@dielinke-mol.de
(ab 1. April nur noch unter dieser E-Mail-Adresse erreichbar)
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 8.00 – 12.00 Uhr

■ SEELOW
Breite Straße 9, 15306 Seelow
Tel./Fax: 0 33 46 / 4 17
www.pds-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. und Mi. 9.00 – 12.00 Uhr
Di. 9.00 – 12.00 Uhr
15.00 – 17.00 Uhr

■ BAD FREIENWALDE
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Tel./Fax: 0 33 44 / 34 66
Öffnungszeiten:
Di. 9.00 – 11.30 Uhr
14.00 – 16.00 Uhr

Wolfram Adolphi: CHINATRAUM



Nanjing in China im Herbst 1987. Als Ines Rothermund, 34jährige Chinawissenschaftlerin aus der DDR, im Archiv die Akte 6-283 zur Hand nimmt, ahnt sie noch nicht, welchen Aufruhr dies für ihr Leben bedeuten wird. Erforschen will sie die deutsch-chinesischen Beziehungen im Zweiten Weltkrieg, aber was sie nun in den vergilbten Seiten entdeckt, ist etwas ganz Persönliches. An eine Chinesin wird sie erinnert, eine Frau schon in der Nähe der Siebzig, der sie neun Jahre zuvor in Beijing begegnet ist.
Diese Begegnung hatte geendet, noch ehe sie richtig begann, und Ines Rothermund begreift, dass sie sie wird entschlüsseln müssen, wenn sie ihre Arbeit zu einem guten Ende bringen will. Was war geschehen damals, im Frühjahr 1978, mit ihr und mit dieser Frau, von der sie nicht einmal den Namen weiß und deren Schicksal doch mit einem Deutschen zu tun zu haben scheint? Und wieso, eigentlich, hat sie den seltsamen Vorgang bisher so komplett aus ihrem Gedächtnis gestrichen?
Mit der Suche nach Antworten wird die Reise in die Geschichte für Ines Rothermund immer mehr zu einer Reise zu sich selbst, zu einem kritischen Eintauchen in ihre Erfahrungen und Ansichten von der Welt, und als aus einem Abenteuer mit dem chinesischen Historiker Liu Zhendu eine große Liebe erwächst, gerät alles Bisherige doppelt auf den Prüfstand – und dies mittendrin in den tiefen Erschütterungen und Umbrüchen der Jahre 1989/90. (19,90 €)

Außerdem bei NORA von Wolfram Adolphi: »Chinafieber« – der Weg eines Deutschen durch das China der dreißiger und vierziger Jahre.

Der Autor im Internet:
www.asiaticus.de

TERMINE – VERANSTALTUNGEN – AUSSTELLUNGEN APRIL 2008

5.4., 10 bis 14 Uhr: Landes-AG Betrieb & Gewerkschaft, LinksTreff, Strausberg

7.4., 18 Uhr: Kreisvorstand, LinksTreff, Strausberg

10.4., 18 Uhr: Beratung des KV mit BO-Vorsitzenden und Wahlaktiv, LinksTreff, Strausberg

14.4., 19 Uhr: Kreis - Kommunen – Kassen: Forum mit Renate Adolph, MdL und Lutz Amsel, 1. Beigeordneter des Landrates MOL, Hoppegarten, Haus der Generationen, Lindenallee 14

26.4. 10 bis 14 Uhr: Sportpolitische Konferenz, Strausberg, STICER

Mai, 10 Uhr: Maikundgebung, Strausberg, Am Landsberger Tor

Die besondere Reise –
anlässlich des 30. Jahrestages des 1. Deutschen im All: Vom



7. bis 11.9.2008 u. a. in's »Sternenstädtchen« und in das Raumflug-Kontrollzentrum in Koroljow. Im Sternenstädtchen wird der ehemalige Kosmonaut Dr. Sigmund Jähn die Gäste begrüßen.
Anmeldungen
(Flug ab/an Berlin, 1.149 € p.P. im DZ) ausschließlich bei Touristik und Kontakt International, Tel.: 030 - 423 33 30, Jürgen Heinrich, www.tuk.de



IMPULSE

Herausgeber:
Kreisvorstand der Partei DIE LINKE-MOL
Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwahrend redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Christine Hempel, 0173-61 400 67
E-Mail: hempel@typegerecht.de

Redaktionsschluss: 25. März 2008

Gesamtherstellung:
SLC-GmbH, Badstraße 2, 15344 Strausberg
03341·30 94 05 · info@slc-gmbh.de